

## Medienmitteilung

Montag, 3. Dezember 2012

# Eurokrise drückt Schweizer Wachstum

**Trotz ungünstiger Vorzeichen hat sich die Schweizer Wirtschaft im laufenden Jahr gut gehalten und sowohl der Eurokrise als auch der Frankenstärke getrotzt. Doch am schwierigen Umfeld wird sich 2013 leider nicht viel ändern. Mit Besorgnis stellt der Dachverband der Schweizer Wirtschaft fest, dass der Reformwille in vielen stark verschuldeten europäischen Staaten bereits wieder erlahmt ist. Unter diesen Vorzeichen dürfte das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz im kommenden Jahr real nur noch um 0,6 Prozent wachsen, die Arbeitslosigkeit bleibt jedoch tief.**

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz zeigte 2012 gleichermassen Licht und Schatten. Als erfreulich robust hat sich der Binnenmarkt erwiesen, allen voran die Bauindustrie, der Detailhandel und manche Dienstleister wie zum Beispiel die Versicherungen. Deutlich weniger gut lief es vielen Kommunikations- und Telekommunikationsunternehmen sowie der Werbebranche. Unter den exportorientierten Branchen hatten im laufenden Jahr fast alle mit Problemen zu kämpfen. Positive Ausnahmen bilden hier die Uhrenindustrie sowie Chemie und Pharma. Insgesamt rechnet economie suisse für 2012 weiterhin mit einem BIP-Wachstum von 0,9 Prozent.

Eine wichtige Stütze für den Export, die in der aktuellen Situation keinesfalls aufgehoben werden sollte, ist die von der Nationalbank verteidigte Wechselkursuntergrenze zum Euro. Mit 1.20 ist der Franken gemessen an der Kaufkraftparität zwar weiterhin um rund zehn Prozent überbewertet, doch die stabile Untergrenze verschafft den Unternehmen Planungssicherheit. Würde sie nun aufgehoben und der Wechselkurs noch tiefer fallen, hätte dies gravierende wirtschaftliche Konsequenzen.

## Europa bleibt im Krisenmodus

Das massive Eingreifen der EZB hat die Gefahr, dass die Eurozone auseinanderbricht, zwar deutlich verringert. Gleichzeitig lässt sich aber beobachten, dass der Reformwille in verschiedenen betroffenen Ländern bereits wieder erlahmt. Die strukturellen Probleme bleiben bestehen, während Steuererhöhungen den wirtschaftlichen Aufschwung massiv behindern. Auch die Geldpolitik der EZB kann die nötigen Reformen nicht ersetzen. «Stellen die Zentralbanken viel billiges Geld zur Verfügung, gewinnt man etwas Zeit und ein bisschen Wachstum. Aber es besteht die grosse Gefahr, dass die grundlegenden Probleme auf die lange Bank geschoben werden und man das Ende des Tunnels nie erreicht», stellte economie suisse-Direktor Pascal Gentinetta heute vor den Medien klar. Der rasante Zentralisierungsprozess innerhalb der EU könnte nicht nur zum Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Kontinents werden, sondern auch den bilateralen Weg erschweren.

Angesichts dieser ungünstigen Vorzeichen rechnet der Dachverband der Schweizer Wirtschaft damit, dass die Verschuldungskrise in Europa noch mindestens zwei bis drei Jahre anhalten wird. Die Wachstumsrate der gesamten Eurozone wird sowohl 2012 (minus 0,4 Prozent) als auch 2013 (minus 0,5 Prozent) negativ ausfallen.

### **2013: Wirtschaftswachstum in der Schweiz verlangsamt sich**

Nach wie vor präsentiert sich die Lage für die Schweizer Wirtschaft zwar nicht rosig, aber deutlich besser als in den meisten Euro-Staaten. economiesuisse-Chefökonom Rudolf Minsch rechnet damit, dass sich die wesentlichen Trends im nächsten Jahr fortsetzen werden: Die Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen in Europa wird weiter abnehmen, der starke Franken wird den Export behindern und der anhaltende Mangel an Fachkräften dem Wachstum von Unternehmen in der Schweiz Grenzen setzen. «Insgesamt rechnet die Wirtschaft für 2013 mit einem relativ schwachen Wachstum von 0,6 Prozent», erklärte Minsch.

Die Aussichten für die einzelnen Branchen präsentieren sich sehr unterschiedlich. Im Exportbereich werden die Uhrenindustrie, die Pharma und die Luftfahrt 2013 zu den Gewinnern zählen. Deutlich schwieriger wird es für die Maschinen-, Elektro-, Metall-, Textil-, Kunststoff-, Papier- und Nahrungsmittelindustrie, für die Banken und insbesondere für den Tourismus. Auch auf dem Binnenmarkt werden manche Branchen zu kämpfen haben, insbesondere die Werbung, Kommunikationsunternehmen und der Automobilhandel. Mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten dürften hingegen viele Dienstleistungsbranchen, der Detailhandel, die Informations- und Telekommunikationsbranche und einmal mehr die Bauwirtschaft aufwarten.

### **Tiefe Arbeitslosigkeit, minimale Inflation**

Durch das abflauende Wachstum verringert sich die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften zwar etwas – was sich auch in einer tieferen Zuwanderung spiegeln wird –, doch sind in innovativen, expandierenden Branchen nach wie vor viele Spezialisten gefragt. economiesuisse rechnet für 2013 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent.

Auch die Inflationsrate wird in den kommenden zwölf Monaten auf tiefem Niveau verharren, aber knapp im positiven Bereich zu liegen kommen. Grosse Preissteigerungen sind aufgrund der zunehmenden Konkurrenz im Schweizer Markt nicht zu erwarten. Eine Ausnahme bildet der Immobilienbereich. Hier ist die Gefahr einer Blasenbildung weiterhin vorhanden, denn der Druck auf die begehrtesten Wohnlagen hat kaum nachgelassen.

### **Prognosen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung**

Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozenten)

	2008	2009	2010	2011	2012 P	2013 P
Bruttoinlandprodukt, real	2.1	-1.9	3.0	1.9	0.9	0.6
Privater Konsum	1.4	1.4	1.6	1.2	1.9	0.9
Öffentlicher Konsum	2.7	3.3	0.7	2.0	1.8	1.3
Bauinvestitionen	0.0	3.0	3.5	2.4	0.7	1.5
Ausrüstungsinvestitionen	0.8	-10.8	5.8	5.2	2.5	-0.5
Exporte (Total)	3.1	-8.6	7.8	3.8	-0.7	-0.5
Importe (Total)	0.3	-5.5	7.4	2.4	1.2	-0.2

Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Prozenten),  
Jahresdurchschnitt

Inflationsrate	2.4	-0.5	0.7	0.2	-0.4	0.3
Arbeitslosenquote	2.6	3.7	3.5	2.8	2.9	3.3

**Exogene Annahmen\***

	2012	2013
Wechselkurs CHF/Euro	1.21	1.21
Wechselkurs CHF/\$	0.94	0.94
Ölpreis in \$/Barrel	110	110
Wachstumsrate U.S.	1.9	2.0
Wachstumsrate Eurozone	-0.4	-0.5
Wachstumsrate China	7.6	7.3
Kurzfristige Zinsen	0.1	0.1
Rendite Bundesobligationen	0.8	1.1

*\* Inputgrößen für die Schätzung der Konjunkturprognosen*

Rückfragen:

Rudolf Minsch, Telefon: 044 421 35 35, rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Roberto Colonnello, Telefon: 044 421 35 50, roberto.colonnello@economiesuisse.ch

**Medienkonferenz**  
**«Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick 2013»**  
Montag, 3. Dezember 2012

Es gilt das gesprochene Wort

## EU-Zentralisierung als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die EU tut sich schwer mit der Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und strukturellen Probleme. Man hat längst aufgehört, die Krisengipfel zu zählen, und das vielfach beschworene Licht am Ende des Tunnels ist 2012 kaum heller geworden. Die öffentlichen und privaten Schulden der Euroländer sind auf Rekordniveau angestiegen. Sicherlich haben die Bankenrettungen und massive Konjunkturprogramme nach Ausbruch der Finanzkrise Ende 2008 das Verschuldungsfass zum Überlaufen gebracht. Das eigentliche Problem in vielen europäischen Ländern liegt jedoch in strukturellen Ungleichgewichten, verursacht durch Jahrzehnte unsorgsam geführter Finanz-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Daraus resultieren sowohl eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft als auch eine systematische, nicht nachhaltige Anhäufung von Schulden im Staats- und Sozialwesen.

Die meisten westlichen Volkswirtschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten auf breiter Front privat und öffentlich stark verschuldet. Auch die USA konnten sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Und in Europa zeichnet sich gar ein noch dramatischeres Bild ab. Zwar wirkt sich Verschuldung nicht per se negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Sie darf jedoch eine kritische Grenze nicht überschreiten, da sie sonst das Wachstum beeinträchtigt. Zur Erinnerung: Die EU hat sich mit den Maastricht-Kriterien eine Obergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auferlegt. Erschwerend für die Verfolgung einer nachhaltigen Finanzpolitik wirkte sich seit 2001 die Tatsache aus, dass sich insbesondere die peripheren EU-Staaten dank der Euroeinführung «künstlich» zu niedrigeren Zinsen refinanzieren konnten. Davon haben sich gewisse Regierungen und viele Finanzmarktakteure blenden lassen. Die betroffenen Länder hatten einen starken Anreiz zur übermässigen Verschuldung. Der Druck zu strukturellen Reformen hat gleichzeitig nachgelassen. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise ist man rasch wieder auf dem harten Boden der wirtschaftlichen Realität gelandet, und die Höhe der Refinanzierungskosten der verschiedenen Länder reflektierte erneut die Nachhaltigkeit der jeweiligen Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie deren Wettbewerbsfähigkeit.

Unser Land hat ein eminentes Interesse daran, dass die gegenwärtige Verschuldungskrise und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone gemeistert werden. Die Probleme sind allerdings bei Weitem noch nicht ausgestanden. Auch wenn man über die Methoden und die richtige Rezeptur mit guten Gründen unterschiedlicher Meinung sein kann, ist Schadenfreude seitens des Nicht-EU-Mitglieds Schweiz absolut fehl am Platz.

Gleichzeitig möchte ich davor warnen, sich in falscher Sicherheit zu wiegen und zu meinen, dass die geldpolitischen «Bazookas» der Zentralbanken alles in Ordnung bringen werden. Dies könnte fatal davon ablenken, die mutig in Angriff genommenen Strukturreformprojekte in den überschuldeten Ländern konsequent weiterzuführen, um eine vermeintliche «Austeritätsfalle», die letztlich auch die Weltkonjunktur gefährden würde, zu vermeiden. Gerade hier hat der Internationale Währungsfonds (IWF) – der eigentliche Coach der von der Verschuldungskrise betroffenen Länder – in letzter Zeit allerdings etwas widersprüchliche Signale gesendet: Das neue Staatsanleihenprogramm der Europäischen Zentralbank wurde sehr positiv aufgenommen. Gleichzeitig hielt der IWF in gewissen Ländern eine Verlangsamung der Reformen und Konsolidierungsprozesse für opportun. Dieselbe Organisation, die vor nicht allzu langer Zeit Ländern wie Südkorea oder Thailand harte Sparprogramme abverlangte, um an IWF-Kredite zu gelangen, preist nun ein gewisses «relâchement». Aus kurzfristiger konjunkturpolitischer Perspektive mag dies verständlich sein. Sparen und Strukturwandel sind schmerzhafteste Prozesse und machen jede Regierung bei ihren Wählern unbeliebt. Stellen die Zentralbanken viel billiges Geld zur Verfügung, gewinnt man etwas Zeit und ein bisschen Wirtschaftswachstum. Aber es besteht auch die grosse Gefahr, dass die grundlegenden Probleme nochmals auf die lange Bank geschoben werden und man das Ende des Tunnels nie erreicht. Davon zeugt beispielsweise auch das Hinauszögern der EU bei der Umsetzung der verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsreserven für ihre Banken.

Als Nicht-EU-Staat kann sich die Schweiz nicht auf Hilfe von Brüssel oder von Frankfurt verlassen, wenn ihr Arbeitsmarkt nicht funktioniert oder sie ihr Budget jahrelang überstrapaziert hat. Wir müssen unsere Probleme selbst lösen und die Hausaufgaben erledigen. Das ist auch richtig so. In unserem Land beruht die grundlegende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Eigenverantwortung und Subsidiarität. In einem föderalen System wie das der Schweiz sind diese Grundprinzipien gewissermassen in unseren Genen verankert. In der Diskussion zur Weiterentwicklung der EU-Institutionen werden die Weichen zur Bewältigung der Krise heute aber ganz anders gestellt. Unter dem Druck der Notlage und um die Disziplinierung EU-weit sicherzustellen, werden immer mehr Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse von den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten zu den zentralen Mühlen der Brüsseler Administration transferiert. Wer den Zustand vor der Krise mit heute vergleicht, stellt rasch fest, welche gigantischen institutionellen Machtverschiebungen innerhalb der EU und der Eurozone in den letzten drei Jahren stattgefunden haben: gemeinsamer Rettungsfonds ESF, Fiskalunion, unbegrenzte Staatsanleihenkäufe der EZB, Bankenunion, gemeinsame Wirtschaftspolitik und bald gemeinsame Emission von Eurobonds? Wer hätte das alles vor vier Jahren prophezeit? Deshalb sind Zweifel angebracht, ob der Wille zu eigenverantwortlichen, vom Subsidiaritätsprinzip getriebenen Reformen in den gefährdeten Mitgliedsstaaten institutionell effektiv unterstützt wird und sich auch in ihrer täglichen Realität durchsetzen kann. Die damit verbundene massive Zentralisierung könnte nicht nur zum Hindernis für Reformen und die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Kontinents werden – sie birgt für die Schweiz auch das Risiko, dass ihr bisher eigenständig und erfolgreich bestrittener wirtschaftspolitischer Weg immer häufiger durch den wachsenden politischen Monolith der EU versperrt wird. Ob diese absehbare Entwicklung von den unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten nachhaltig mitgetragen wird, ist im Moment eine offene Frage. Die Antwort darauf wird für die Definition unserer künftigen bilateralen Beziehungen mit der EU nicht ohne Konsequenzen bleiben.

## Medienkonferenz

### «Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick 2013»

Montag, 3. Dezember 2012

Es gilt das gesprochene Wort

# Die Wirtschaft stellt sich auf magere Jahre ein

Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom economiesuisse

## Die Situation der Schweizer Wirtschaft 2012

Die aktuelle Situation der Wirtschaft hat zwei Gesichter. Auf der einen Seite belasten die Eurokrise und die schwache Nachfrage in traditionellen Exportmärkten die Exportindustrie. Auf der anderen Seite ist die konjunkturelle Lage im Schweizer Binnensektor als Ganzes nach wie vor robust. Die Linie verläuft aber keineswegs trennscharf zwischen Exportindustrie und Binnensektor.

In der **Exportindustrie** weisen die chemisch-pharmazeutische Industrie und die Uhrenindustrie trotz des schwierigen internationalen Umfelds insgesamt noch ansprechende bis gute Wachstumsraten auf, einzelne Unternehmen sind aber auch in diesen Branchen gezwungen, Effizienzsteigerungsmassnahmen zu realisieren. Demgegenüber belastet die Eurokrise Exportbranchen wie die Metall-, Maschinen-, Elektro-, Textil-, Kunststoff-, die Papier- und Teile der Nahrungsmittelindustrie stark. Nachdem 2011 die Frankenstärke die Exportbranchen stark gebremst hat, ist die Nachfrage 2012 gerade in den europäischen Absatzmärkten stark zurückgegangen. Viele Betriebe kämpfen nach wie vor um die Rückkehr in die Gewinnzone. Das Jahr 2012 steht für diese Betriebe im Zeichen der Transformation: Die Steigerung der Produktivität, die Fokussierung auf Innovation und das Erschliessen neuer Märkte benötigen hingegen einige Zeit, so dass nicht eine schnelle Trendwende zu erwarten ist. Beide Einflussfaktoren (Euroschwäche und rückläufige Nachfrage aus Europa) führen zu einem starken Rückgang der ausländischen Logiernächte in der Schweiz und dementsprechend zu einer grossen Belastung für den Tourismus. Auch der Bankensektor ist aufgrund der internationalen Entwicklungen und den kostentreibenden Rahmenbedingungen gefordert. Entsprechend durchläuft der Sektor ähnlich dem Warenexportsektor eine länger anhaltenden Phase mit strukturellen Anpassungen.

Wenngleich sich die konjunkturelle Lage im **Binnensektor** als Ganzes deutlich besser darstellt als in der Exportindustrie, sind auch hier einige Branchen mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Etliche Dienstleister für Unternehmen wie die Kommunikation, Werbung oder auch die Telekommunikation haben mit stagnierenden bis rückläufigen Verkäufen in diesem Jahr zu kämpfen. Demgegenüber verfügen die Bauindustrie, der Detailhandel und verschiedene Dienstleistungserbringer wie Versicherungen über eine robuste Nachfrage.

In der zweiten Jahreshälfte haben sich die negativen Meldungen sowohl aus dem Binnen- und auch dem Exportsektor verstärkt. Einige grosse Entlassungen haben den Eindruck einer Deindustrialisierung der Schweiz erweckt. Fakt ist aber, dass sich die Schweizer Wirtschaft angesichts des schwierigen makroökonomischen Umfelds bemerkenswert gut schlägt. Die Steigerung der Produktivität, das Überprüfen der Wertschöpfungsketten und die Neuorientierung der Geschäftsaktivitäten sind aber notwendig, um in der Schweiz langfristig erfolgreich zu sein. Es finden deshalb laufend strukturelle Anpassungen statt, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft erhalten bleibt.

Ein wichtiger Grund für die unter den gegebenen Bedingungen relativ positive wirtschaftliche Entwicklung ist die Einführung der Wechselkursuntergrenze durch die SNB. Dadurch konnte ein Absturz der Exportwirtschaft verhindert werden. Im Ausland haben einige Stimmen die Schweiz deswegen als Währungsmanipulator bezeichnet. Da der Franken nach wie vor klar überbewertet ist, kann davon aber keine Rede sein. *economiesuisse* schätzt die Kaufkraftparität zum Euro derzeit auf CHF 1.34 - mit einer Bandbreite von 1.27 bis 1.42. Mit dem aktuellen Kurs ist der Franken gegenüber dem Euro demnach um über zehn Prozent überbewertet. Würde die SNB den Wechselkurs auf deutlich unter CHF 1.20 absinken lassen, hätte dies gravierende wirtschaftliche Auswirkungen.

*economiesuisse* belässt die Jahresprognose für das Jahr 2012 bei 0.9 Prozent BIP-Wachstum.

### **Aussichten für 2013: Europa weiterhin im Krisenmodus**

Die Eurokrise hängt wie ein Damoklesschwert über der wirtschaftlichen Erholung in Europa. Die Unsicherheit darüber, wie lange sie noch andauern wird, lähmt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Zwar hat sich die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone erheblich verringert. Ein Austritt Griechenlands ist dennoch nach wie vor möglich, allerdings ist die Wahrscheinlichkeit dafür erheblich gesunken. *economiesuisse* rechnet aber nicht mit einer schnellen Problemlösung, sondern geht vielmehr davon aus, dass die Eurokrise noch weitere zwei bis drei Jahre anhält. Entsprechend pessimistisch sind die Wachstumsaussichten für die Eurozone, die auch 2013 in der Rezession verharren dürfte.

Für die kleine, international ausgerichtete Schweizer Volkswirtschaft wird die Entwicklung der neuen Wachstumsmärkte immer wichtiger. Die Wirtschaft erwartet zwar eine Abschwächung des chinesischen Wachstums, jedoch kein «hard landing». Die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte nach Asien geht also weiter. Dies auch deswegen, weil von den USA weiterhin keine starken Impulse zu erwarten sind. Unabhängig davon, ob der «fiscal cliff» überwunden werden kann, belastet die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte das Wachstum in diesem für die Schweiz bedeutenden Exportmarkt.

Die Prognose von *economiesuisse* rechnet also mit einer Weiterführung der Trends, die schon 2012 die wirtschaftliche Entwicklung dominierten. Dazu gehört auch, dass die SNB die aktuelle Geldpolitik in den nächsten Monaten mit dem Festhalten an der Wechselkursuntergrenze von CHF 1.20 fortführt. *economiesuisse* erwartet weiterhin konstante kurzfristige Zinsen nahe Null. Entsprechend wird die SNB nötigenfalls auch eine weitere Erhöhung der Fremdwährungsbestände akzeptieren müssen. Vor diesem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld bleibt die Schweizer Wirtschaft entsprechend gefordert. Erstens schwächt sich die Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen in Europa weiter ab, und die Weltwirtschaft verliert an Schwung. Zweitens kämpfen die Exportunternehmen nach wie vor mit dem starken Franken. Und drittens hält der Fachkräftemangel in der Schweiz an, der das Wachstum und die Flexibilität gut aufgestellter Unternehmen bremst.

Insgesamt rechnet die Wirtschaft mit einem relativ schwachen Wachstum für 2013 von 0.6 Prozent. Die Weiterführung des 2012er-Trends bedeutet auch, dass sich die Zweiteilung der Exportwirtschaft und diejenige des Binnenmarkts 2013 fortsetzt. Das Wachstum stammt zum einen von Binnenmarktbranchen wie Bau, Versicherungen und Gesundheitswesen, zum anderen von den Exportbranchen chemisch-pharmazeutische Industrie und Uhrenindustrie. Auch der Verkehr wird 2013 zulegen können. Demgegenüber ist die Liste der Branchen, die für 2013 ein schwieriges Jahr erwarten, vor allem im Exportbereich lang. Neben den klassischen Warenexportbranchen trifft es auch die Bankdienstleistungen und den Tourismus, die 2013 schrumpfen werden. Im Binnenmarkt sind vor allem Dienstleistungen für Unternehmen gefordert, die zunehmend durch ausländische Anbieter konkurrenziert werden. Nachdem 2012 der Absatz von Automobilen in der Schweiz stark zugenommen hat, ist für 2013 mit einem Rückgang zu rechnen. Zudem intensivieren Parallelimporteure den Wettbewerb im Handel von Automobilen aber auch anderen Gütern wie Tonträgern und reduzieren die Margen bestehender Anbieter.

	<b>Unterdurchschnittliches Wachstum für 2013</b>	<b>Überdurchschnittliches Wachstum 2013</b>
<b>Binnenmarkt</b>	Werbung Kommunikation Handel mit Automobilen Handel mit Tonträgern	Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Detailhandel, Versicherungen, Gesundheitswesen Bauindustrie Nahrungsmittelindustrie Informations- und Telekommunikation
<b>Exportindustrie</b>	Maschinenindustrie Elektroindustrie Metallindustrie Textilindustrie Kunststoffindustrie Papierindustrie Tourismus Nahrungsmittelindustrie Banken	Uhrenindustrie Chemie Pharma Biotech Luftfahrt

Nach wie vor wächst die Beschäftigung in der Schweiz. Allerdings wird sich das starke Wachstum in den nächsten Monaten klar abschwächen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften – insbesondere für Fachkräfte – aber bleibt robust. Allerdings wird es zu Verschiebungen zwischen den Branchen kommen. Zudem wird die Zuwanderung abgeschwächt. Entsprechend ist nicht mit einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den nächsten Monaten zu rechnen. *economiesuisse* erwartet für 2013 eine durchschnittliche **Arbeitslosenquote** von 3.3 Prozent.

Die Zunahme der Konkurrenz auf dem Hochpreismarkt Schweiz drückt auf die Preise. Deutliche Preiserhöhungen sind aus diesem Grund auch für die im Binnenmarkt tätigen Akteure kaum möglich. Mit Ausnahme des Immobiliensektors, bei dem die Gefahr einer Blasenbildung besteht, sind die Preissteigerungen stark limitiert. Zudem führt die höhere Importkonkurrenz beispielsweise im Detailhandel oder bei den Fahrzeugen zu weiteren Preissenkungen. Insgesamt wird daher die **Inflationsrate** für 2013 knapp im positiven Bereich zu liegen kommen.

Die unterschiedlichen Branchenaussichten widerspiegeln sich auch auf der **BIP-Verwendungsseite**. Der Konsum und die Bauinvestitionen werden weiterhin die konjunkturelle Stütze darstellen. Bei beiden Komponenten weisen sowohl die Privaten als auch die öffentliche Hand eine robuste Nachfrage auf. Der private Konsum wächst allerdings nicht mehr so stark wie 2012, weil sich die Unsicherheit über den Verlauf der Eurokrise negativ bemerkbar macht, die Reallöhne nur geringfügig steigen und sich auch die Zuwanderung abschwächen wird. Die schwierige Lage auf den internationalen Märkten führt zu einem zweiten Jahr mit einem negativen Vorzeichen bei den Exporten von Waren und Dienstleistungen.

Die Konjunkturprognose basiert auf der Einschätzung, dass sich die Eurokrise 2013 nicht weiter akzentuiert, aber auch nicht gelöst wird. Da nach wie vor rund 56 Prozent der Schweizer Warenexporte in die EU exportiert werden, ist die wirtschaftliche Entwicklung unserer Nachbarn entscheidend für die Konjunktur in der Schweiz. Das grösste **Abwärtsrisiko** stellt daher eine drastische Verschärfung der Eurokrise dar. Diese könnte sich beispielsweise mit einem Austritt von Griechenland aus der Eurozone einstellen. Auch wenn sich die Gefahr einer gefährlichen Abwärtsspirale durch das Versprechen der EZB reduziert hat, sind destabilisierende Entwicklungen – vor allem durch Streiks und Kapitalabfluss – nach wie vor möglich. Auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern und in den USA könnte stärker nachgeben als erwartet. Ein weiteres Abwärtsrisiko besteht in einer Eskalation des Nahostkonflikts, bei dem die Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Die internationale Entwicklung kann aber auch positiv überraschen. Eine solche Aufwärtstendenz würde vor allem von den USA ausgehen, wo die Krisenbewältigung – vor allem im Finanzsektor – schon weiter fortgeschritten ist.